



Weiterentwicklung des BVJ, Selbstständigkeit von BBS Gespräch des vlbs mit Vertreterinnen der SPD

(MP) Im Gespräch mit dem vlbs äußerten sich die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Bettina Brück, und die kulturpolitische Sprecherin der SPD, Giordina Kazungu-Haß, zu den Auswirkungen der geplanten HBF-Reform ebenso wie zur Weiterentwicklung des BVJ und zur Selbstständigkeit von berufsbildenden Schulen (EQuL).

Zum Einstieg in das Gespräch bot Bettina Brück einen kurzen Überblick über die vorgeschlagenen Gesprächspunkte. Zum Thema HBF-Reform sieht der Arbeitskreis Bildung der SPD-Fraktion die Pilotphase positiv, denn sie macht ersichtlich, an welchen Stellen noch Nachbesserungen erfolgen müssen und an welchen Stellen die Reform funktioniert, um entsprechende Lehren ziehen zu können.

Darum wird sich der Arbeitskreis Bildung bei den teilnehmenden Schulen nach einem Feedback erkundigen. Ihr ist es von Bedeutung, die Reform gemeinsam mit den Schulen weiter zu entwickeln. Als sinnvoll erachtet sie es, den Schülerinnen und Schülern die Wahl zu lassen, die FH-Reifeprüfung machen zu können.

Bei der generalisierten Pflegeausbildung schloss sie sich der Meinung des vlbs für den Verbleib der Pflegeausbildung an der BBS an, denn dort sei der richtige Ort für diese Ausbildung. EQuL solle ihrer Ansicht nach ausgedehnt werden.

Es sei ihr wichtig, dass der vlbs Punkte anspreche, die sie unterstützen könne und die aus politischer Sicht noch beachtet werden sollten, so Bettina Brück.

Willi Detemple sprach die Zusammenlegung der beiden berufsbildenden

Schulen in Idar-Oberstein an und äußerte seine Befürchtung, dass es noch weitere Fusionen dieser Art geben werde. Dort gab es in der Vergangenheit zwei berufliche Gymnasien mit einer hinreichenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern.

Bedingt durch die Genehmigung einer IGS und zweier Fachoberschulen in der Region verloren die gymnasialen Zweige beider berufsbildender Schulen erheblich an Attraktivität, was zu einem massiven Rücklauf bei den Schülerzahlen führte.

Als ein Hauptargument für die Fusionierung der beiden BBS wurde anschließend angeführt, dass es nicht mehr genügend Schülerinnen und Schüler für die Erhaltung beider Schulen gäbe. Für Willi Detemple ist die Konkurrenzsituation hausgemacht und wieder einmal auf dem Rücken der BBS ausgetragen.

Auf Grund der Schulentwicklungsplanungen sieht Giordina Kazungu-Haß für die berufsbildenden Schulen keine Konkurrenz z.B. durch Neugründungen von IGS-Standorten.

Harry Wunschel schilderte, dass in den letzten zwei Jahren 27 neue Oberstufen an IGS entstanden sind. An den beruflichen Gymnasien der BBS seien aber auch Schülerinnen und Schüler, die von der IGS kommen. Wenn nun noch mehr IGS dazu kämen, würden diese versuchen, ihre Schüler zu halten.

Aus Sicht von Bettina Brück gäbe es zur Zeit kaum Anträge für eine IGS. Somit sei auch die Gefahr für die beruflichen Gymnasien sehr gering.

Giordina Kazungu-Haß berichtete, dass wenn die IGS ein ganzheitliches Angebot von Klasse fünf bis 13 ma-

che, es dann auch sichergestellt werden solle, eine Oberstufe zu gründen, denn eine IGS ohne Oberstufe mache wenig Sinn.

Ausgehend von den mittlerweile drei Reformversuchen im Zusammenhang mit der HBF, so Willi Detemple, könne in Zukunft mit den beruflichen Gymnasien ähnliches passieren. Er befürchtet, dass dann ebenfalls Mechanismen entwickelt werden könnten, vergleichbar denen der HBF, die die BBS abermals reglementieren. In einen Wettbewerb steige die BBS gerne ein, aber dann zu gleichen Bedingungen wie sie den allgemein bildenden Schulen seitens der Landesregierung eingeräumt würden.

Für Bettina Brück sei dies nicht zu vergleichen und sie sah diese Gefahr nicht, da das berufliche Gymnasium im Gegensatz zur HBF nicht an allen BBS zu finden wäre.

Harry Wunschel informierte ausführlich von der Entwicklung der HBF-

In dieser Ausgabe:

Weiterentwicklung des BVJ, Selbstständigkeit von BBS. Gespräch des vlbs mit Vertreterinnen der SPD
Titelseite bis Seite 3

BV Koblenz: Bezirksvertreterversammlung am 7. Dezember 2017 in Boppard
Seite 3 bis 5

50 Jahre vlbs-Mitglied – das ist schon eine Hausnummer
Seite 3 und 5

IN KÜRZE
Seite 5

Hauswirtschaft und Kunst – Ein Praxisworkshop zum Filzen. Auftaktveranstaltung der neuen Fachausschussvorsitzenden Sabine Hohmann
Informationsveranstaltung des BV Trier zum Umgang mit sozialen Netzwerken
Seite 6

Reform (vgl. vlbs-aktuell 08. und 09.2017) und schilderte, dass die FOS zusätzliche Fachrichtungen bekämen, für die sie allerdings keine Lehrkräfte hätten und diese auch nicht an BBS in ausreichendem Maße zur Verfügung stünden, ohne dort den Unterrichtsausfall zu erhöhen. Weiterhin sollen Kooperationen mit den Hochschulen gebildet werden, um auch von dort Leute zu bekommen, die den Unterricht abdecken könnten. Während den Sorgen und Nöten der FOS Rechnung getragen wird, sollen bei den HBF Fachrichtungen und Unterrichtsstunden gekürzt werden. Dagegen protestiere der vlbs vehement, denn er befürchtet, dass die Schülerzahlen in der HBF aufgrund schlechter werdender Bedingungen weiter zurückgehen werden.

Auch für Bettina Brück ist es wichtig, dass es möglichst keine Kürzung der Unterrichtsstunden in den allgemein bildenden Fächern Mathematik, Englisch, Deutsch gibt. Nach ihren Informationen habe es im Konzept bereits Verbesserungen gegeben. Auch sei in der Pilotphase genau zu beobachten, ob es – wie von einigen BBS befürchtet – tatsächlich zu Problemen bei der Akquise von geeigneten Praktikumsplätzen kommt.

Hildegard Küper war der Ansicht, ein Praktikum von einem Tag pro Woche mache wenig Sinn. Anhand eines Beispiels machte sie deutlich, wie wichtig es sei, das Praktikum durch eine Lehrkraft zu betreuen, und ergänzte, dass es für die Betreuung aber keine Deputat-Anrechnung mehr gäbe.

Gerade im Hinblick auf die Ergebnisse des Landesrechnungshofes wird die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer in Zukunft sehr genau kontrolliert. Darum benötigen die Kolleginnen und Kollegen, die die Praktika betreuen, einen Korridor, in dem sie eine Entlastung bekommen, forderte Willi Detemple.

Bettina Brück nimmt die Anregungen zu den Themenfeldern der Praktikumsbetreuung und auch der Praktikumsdauer mit in die Gespräche mit der Landesregierung zur Arbeit an der HBF-Reform. Für sie ist es wichtig, zunächst mit der HBF-Reform zu beginnen. Auch die Forderung des vlbs, die Pilotphase von einem auf zwei Jahre auszuweiten, findet sie gut, denn so können die Schülerinnen und Schüler die gesamte HBF durchlaufen. Sie



An dem Gespräch des vlbs mit der SPD nahmen teil (v.l.n.r.): Andreas Hoffmann, Hildegard Küper, Willi Detemple, Giorgina Kazungu-Haß, Harry Wunschel und Bettina Brück. (nicht im Bild Markus Penner)

wird die HBF-Reform im Blick behalten und findet es sinnvoll, zu Beginn des nächsten Schulhalbjahres mit dem vlbs noch einmal über das Thema zu sprechen, um auch zu erörtern, wie das erste Schulhalbjahr verlaufen ist.

Zum Teil problematisch findet Bettina Brück die zahlreichen Fachrichtungen der HBF, auch wenn die Kolleginnen und Kollegen als Fachleute dies differenzierter sähen. Von außen betrachtet erleichtere die Reduzierung auf neun + X Fachrichtungen das Zurechtfinden in der HBF.

Willi Detemple kritisierte allerdings, dass in der HBF die Fachrichtungen von über 20 auf neun reduziert würden, aber gleichzeitig dürften die Fachoberschulen ihr Fachrichtungsangebot spreizen; gerade im Hinblick darauf, dass die FOS ca. 2.000 und die HBF ca. 9.000 Schülerinnen und Schüler habe, sei das sehr ungerecht.

Hildegard Küper findet es unglücklich, die berufliche Bildung dadurch zu stärken, indem berufliche Bildung an andere Schulen ausgelagert wird und dann Kolleginnen und Kollegen, die eine grundständige Ausbildung für das Lehramt an BBS gemacht haben, von den BBS an die FOS abzuordnen. Da besteht ihrer Ansicht nach ein Fehler im System.

Willi Detemple bestätigte, dass Lehrkräfte, die dringend an der BBS benötigt würden, an die FOS abgeordnet werden müssten und ergänzte, dass die BBS für diese dann abgeordneten Lehrkräfte keinen adäqua-

ten Ersatz bekämen. Außerdem sei es seiner Ansicht nach nicht so, dass sich die Schülerzahlen durch die Eröffnung einer zweiten Fachrichtung an den Fachoberschulen, die bisher für eine sinnvolle Klassenbildung nicht über genügend Schülerinnen und Schüler verfügen, insgesamt wesentlich erhöhen dürften.

Die beiden Schularten sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Träger vor Ort entscheiden, wie die Schulstruktur aussehen muss und dann wird natürlich auch ein Stück weit „mit den Füßen abgestimmt“, so Giorgina Kazungu-Haß. Auch entscheiden sich die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern selbsttätig und aus eigenem Antrieb heraus. Eine Konkurrenzsituation gab es schon immer, auch z.B. zwischen den allgemein bildenden und den beruflichen Gymnasien.

Willi Detemple ist auch für einen gerechten Konkurrenzkampf, dem sich die BBS gerne stelle. Aber dann dürfe seitens der politisch Verantwortlichen nicht eine Schulart gepuscht und die andere Schulart ausgebremst werden.

Hildegard Küper ergänzte, dass allein schon die Wege zu den BBS aufgrund ihrer geringeren Zahl unter Umständen deutlich weiter seien als zu den ABS und dadurch sei die Konkurrenzsituation schon verzerrt.

Für Harry Wunschel ist es auch sehr kritisch zu sehen, dass die Schülerinnen und Schüler, die einen erfolgreichen FOS-Abschluss erlangt haben, ohne Berufsausbildung in die BOS II wechseln können, während es aus

Sicht des vlbs sinnvoller sei, mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung als Grundlage die BOS II zu besuchen. Er betonte, der Weg gehe über die Berufsausbildung und nicht an der Berufsausbildung vorbei in die Hochschulen.

Für Giorgina Kazungu-Haß ist es wichtig, dass alle die gleiche Chance bekommen müssen, einen Abschluss machen zu können, zu dem sie befähigt sind, und sieht die Vielzahl an Schulabschlussmöglichkeiten positiv.

Als nächsten Gesprächspunkt ging Harry Wunschel näher auf die Weiterentwicklung des BVJ ein. Die Kolleginnen und Kollegen benötigen dringend entsprechende Unterstützung, um dieser Schülerklientel gerecht zu werden. Es müsse sich dringend etwas ändern, appellierte Harry Wunschel.

Es sei ihr ebenfalls wichtig, das BVJ weiterzuentwickeln und darum müsse dies auch jetzt angepackt werden, so Bettina Brück.

Willi Detemple sprach im Zusammenhang mit dem BVJ-S das Konzept der Qualifizierungsbausteine an, um die Flüchtlinge besser auf das Berufsleben und damit auch auf eine gesellschaftliche Integration vorbereiten zu können.

Für Bettina Brück klingt das Qualifizierungsbausteinkonzept sehr sinnvoll

und sie betonte, dass auch schon die Kammern zu Beginn der Flüchtlingswelle so etwas gefordert hätten. Nach Aussagen der Kammern dauere eine berufliche Integration der Flüchtlinge mindestens fünf Jahre. Hauptherausforderung sei dabei die mangelnde Sprachkenntnis. Mit einem solchen Bausteinkonzept könne auch die Integration zügiger von Statten gehen.

Weiterhin könne das Konzept der Qualifizierungsbausteine auch ein Aspekt für die Weiterentwicklung des BVJ sein, so Bettina Brück.

Als weiteres Thema kam der Schulversuch EQuL zur Sprache, an dem aktuell fast die Hälfte der BBS teilnehmen.

Nachdem dieser ausläuft, würden alle Schulen zu EQuL-Schulen und gerade die Schulen, die bis dahin nicht an dem Schulversuch teilgenommen haben, bräuchten speziell in der Startphase eine gewisse Unterstützung, um den Umstrukturierungsprozess begleiten zu können, so Harry Wunschel.

Laut Giorgina Kazungu-Haß ginge es bei diesen Umwandlungen darum, die Kultur innerhalb einer Schule zu verändern. Dabei könne eine Unter-

stützung z.B. durch Fortbildungen und Studientagen erfolgen, um die Schulen in den ersten zwei Jahren zu unterstützen.

Momentan ist es in RLP nicht möglich, zwei berufliche Fächer zu studieren, um dann in den BBS-Schuldienst zu gelangen, man benötigt ein berufliches und ein allgemein bildendes Fach. Wir haben ein Überangebot an Kolleginnen und Kollegen mit allgemein bildenden Fächern und dann hätten wir Bewerbungen mit zwei berufsbezogenen Fächern und dürfen diese nicht einstellen. Das stelle eine Hürde für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber dar, so Harry Wunschel und belegte dies auch mit entsprechenden Beispielen.

Es gab einmal gute Gründe für eine solche Vorgehensweise, aber wenn diese heute nicht mehr auf die Situation passen, müsse man dies überdenken, erklärte Bettina Brück und sie werde auch diese Problematik mit in die entsprechenden Arbeitskreise einbringen.

Am Ende bedankte sie sich für das konstruktive Gespräch und die vielen Anregungen, die ihr der vlbs gegeben habe, und betonte, dass es ihr Wunsch sei, auch weiterhin in der Diskussion mit dem vlbs zu bleiben.

BV Koblenz: Bezirksvertreterversammlung am 7. Dezember 2017 in Boppard

(Andreas Hoffmann) Wie stets haben Ortsverbandsvorsitzende, Schulvertrauensleute und Ausschussvorsitzende aus dem Bezirk die Einladung von Willi Detemple, dem Vorsitzenden des vlbs Bezirksverbandes Koblenz und stellvertretendem Landesvorsitzenden, wahrgenommen und sind zahlreich zur Bezirksvertreterversammlung an die BBS Boppard gekommen.

Uschi Killing, Alexandra Völkel, und Dr. Peter Kockelmann übernahmen als Vertreter des Ortsverbandes Boppard die Organisation vor Ort und sorgten für das leibliche Wohl der Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Nach der Neuwahl des Vorstands, bei der Willi Detemple einstimmig als Vorsitzender des Bezirksverbandes Koblenz wiedergewählt wurde, berichtete er der Versammlung über die In-

halte der im Herbst 2017 geführten Gespräche des vlbs-Landesvorstandes mit den bildungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen. Weiterhin informierte er u.a. über Aspekte der Dokumentation der Arbeitszeit von Lehrkräften und gab Hinweise zum Umfang der Freistellung für die Arbeit der örtlichen Personalräte.

Willi Detemple hat in der letzten Ausgabe von vlbs-aktuell einen Beitrag zur Dokumentation der Arbeitszeit geschrieben. Die Sichtweise des vlbs basiert auf dem sogenannten „Ahnenbrief“ von 2004 und dem Schreiben des Bildungsministeriums zu Beginn des Schuljahres 2017. Der vlbs sieht aufgrund des Landesrechnungshofberichtes keine Notwendigkeit, seitens der Schulleitungen eine

Verrechnung von Minus- und Plusstunden vorzunehmen. Des weiteren, so Willi Detemple, vertritt der vlbs die Auffassung, dass sich aufgrund der beiden genannten Schreiben keine Notwendigkeit für die Einführung sogenannter Arbeitszeitkonten an Schulen ergibt.

Hinsichtlich der Freistellung der örtlichen Personalräte erreichen den BPR immer noch Anfragen. Die gesetzliche Grundlage für die Vergabe der Freistellungsstunden finden sich in den §§ 39 und 40 des LPersVG.

Willi Detemple empfahl, mit der Schulleitung eine schriftliche Vereinbarung über den Umfang der Freistellung des örtlichen Personalrates abzuschließen. Grundlage hierfür sei die Dienstvereinbarung des ehemaligen Ministeriums für Bildung und Kultur (MBK) mit den Hauptpersonalräten



Ortsverbandsvorsitzende, Schulvertrauensleute und Ausschussvorsitzende aus dem Bezirksverband Koblenz während der Bezirksvertreterversammlung an der Berufsbildenden Schule in Boppard.

der Schulen aus dem Jahre 1993. Beim Abschluss einer solchen Vereinbarung seien die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

- Inanspruchnahme von pauschalierter Dienstbefreiung gem. § 39 (2) LPersVG – beispielsweise bei der Durchführung der PR-Sitzungen außerhalb der Unterrichtszeit und dem Verzicht auf Besuche am Arbeitsplatz während der Unterrichtszeit.
- Inanspruchnahme von Freistellungsstunden gem. § 40 (2) LPersVG nach dem so genannten 450er Teiler, der vom MBK zugrunde gelegt wurde: $\text{Freistellungsquote (F)} = \frac{\text{Beschäftigtenzahl (B)} \times \text{Lehrerwochenstundensoll (LWS)}}{450}$.

Unter den Beschäftigtenbegriff fallen alle in der jeweiligen Schule tätigen Personen, die in einem Dienst- und Arbeitsverhältnis zum Land Rheinland-Pfalz stehen (z.B. Lehramtsanwärter /-innen, Fachleiter / -innen, PES-Kräfte, die länger als zwei Monate beschäftigt sind etc.). Es wird die Zahl der Beschäftigten zu Beginn des Schuljahres zugrunde gelegt. Die Addition der sich aus § 40 (2) und § 39 (2) LPersVG ergebenden Freistellungsstunden ergibt die Gesamtanzahl der Freistellungsstunden des Personalrates.

Heidi Bonni berichtete aus der neu formierten Arbeitsgemeinschaft zur generalisierten Pflegeausbildung. „Die Dringlichkeit der Pflegereform bedingt einfach die Notwendigkeit zur Gründung eines solchen Arbeitskreises“, sagte Heidi Bonni.

Erste und wichtigste Forderung der AG ist, dass das Bildungsministerium die Verantwortung für die Generalistik der Pflegeausbildung übernimmt, damit die Ausbildung an den BBS stattfinden kann.

Grundsätzlich soll die Pflege so reformiert werden, dass es nicht mehr den / die Krankenpfleger / in, den / die Kinderkrankenpfleger / in oder den / die Altenpfleger / in gibt, sondern es soll in einer 3-jährigen Ausbildung eine Pflegefachkraft ausgebildet werden, wobei im 3. Ausbildungsjahr eine Spezialisierung stattfinden soll.

Nach sechs Jahren wird durch eine Evaluation festgestellt, ob die Spezialisierung in ausreichendem Maße nachgefragt wird und weiterhin angeboten wird oder nicht.

Aller Voraussicht nach wird die Altenpflege nicht von der Generalisierung profitieren, weil sie der unattraktivste der drei Tätigkeitsbereiche ist. Hinzu kommt, dass momentan die Altenpflegehilfe für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler als Ausbildungsangebot existiert.

Dieser Bereich muss ebenfalls reformiert werden, damit leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler den Anschluss in der Generalisierung nicht verlieren.

Generell herrscht die große Sorge, dass es zukünftig viel weniger Beschäftigte im Bereich der Altenpflege geben wird, als dies im Augenblick der Fall ist.

Damit die Ausbildung 2020 starten kann, ist die Qualifizierung der Personen für die Praxisanleitungen notwendig. Die Kolleginnen und Kollegen, die diesen Bereich unterrichten, müssen weiterqualifiziert werden, damit sie in der Lage sind, die generalisierte Pflegeausbildung durchzuführen.

Krankenhäuser, Kinderkrankenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen müssen Kooperationsverträge schließen können, damit auch sichergestellt ist, dass alle Bereiche abgedeckt werden.

Des Weiteren muss das Schulgesetz geändert werden, was einen erheblichen zeitlichen Vorlauf braucht.

Diese aufgezählten Punkte müssen im Frühjahr 2018 vom Land entschieden werden, damit 2020 die Pilotphase der generalisierten Pflegeausbildung beginnen kann.

Uschi Killing und Thorsten Hachmer berichteten aus dem Hauptpersonalrat u.a. über die „Roadmap“ für die Umsetzung der Ergebnisse aus dem Modellversuch BS 20 in Rheinland-Pfalz.

Ab nächstem Schuljahr ist eine intensive Beratung und Unterstützung der Schulen durch die ADD zur Entwicklung alternativer Beschulungskonzepte und Organisationsformen im Bereich der Berufsschule geplant: Dabei handelt es sich um die in der Expertengruppe zur Weiterentwicklung der BBS bereits beschriebenen „runden Tische“.

Kernthemen sind die mögliche Auflösung von Klassen zugunsten flexibler, berufs- und bildungsgangübergreifender Lerngruppen, selbstgesteuertes

IN KÜRZE

(MP) Die deutsche und schweizerische Berufsbildung verfügen über ein starkes duales Ausbildungssystem mit sozialpartnerschaftlicher Organisation. Auch die föderale Struktur, die eine Kooperation notwendig macht, ist beiden Systemen gemeinsam. Daher stehen die beiden Partnerinstitute, das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB), in engem Kontakt und Austausch zu aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen für die Berufsbildung. In einem Expertenworkshop bildete die Frage nach der Attraktivität der beruflichen Bildung vor dem Hintergrund steigender Studierendenzahlen, des Digitalisierungstrends sowie der Herausforderungen durch Migration und Integration die thematische Klammer. Betont wurde, dass der Wettbewerb zwischen akademischer und beruflicher Bildung stärker geworden sei. Mitentscheidend für die künftige Entwicklung werden die Chancen für beruflich Qualifizierte sein. Bei der Digitalisierung wurden gemeinsame Ansätze festgestellt. Die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie von Geflüchteten ist in beiden Staaten eine gesellschaftliche Herausforderung, in der die berufliche Bildung eine besondere Rolle spielt.

Quelle: www.bibb.de, Dezember 2017

Die Kultusministerkonferenz (KMK) wird die berufsbildungspolitischen Herausforderungen in den kommenden zehn Jahren offensiv angehen. Das Ziel ist, die berufliche Bildung auch in Zukunft als attraktive und erfolgversprechende Bildungsoption zu positionieren. Die Kultusministerinnen und -minister beschlossen hierzu in der 360. Sitzung der Kultusministerkonferenz in Berlin die Erklärung „Berufliche Schulen 4.0 – Weiterentwicklung von Innovationskraft und Integrationsleistung der beruflichen Schulen in Deutschland in der kommenden Dekade“.

Die Ministerinnen und Minister sehen in den kommenden zehn Jahren insbesondere die Digitalisierung, die Integration Zugewanderter sowie den allgemeinen Trend zur Akademisierung als bedeutende Herausforderungen für die berufliche Bildung in Deutschland an. Die dynamische Berufs- und Arbeitswelt erfordert es, die Lehrinhalte der beruflichen Bildung immer wieder anzupassen. *Quelle: KMK Pressemitteilung, 07.12.2017*

Lernen durch Online-Lernplattformen, webbasierte Lernarrangements ohne persönliche Betreuung durch Lehrkräfte in der Lernzeit der Schülerinnen und Schüler und ein stärkerer Fokus auf Lehrkräfteteams, die eigenverantwortlich Unterricht organisieren.

Zielsetzung aller Reformbestrebungen ist nach Aussage des Bildungsministeriums ausdrücklich der Erhalt der Berufsschulklassen in der Fläche – aber mit deutlich veränderten

berufspädagogischen und organisatorischen Rahmenbedingungen als bisher – um den Vorgaben der Fachkräftestrategie des Landes zu entsprechen.

Die Ergebnisse des Schulversuchs BS 20 münden in Kürze in einen neuen Modellversuch „BBS 4.0“, in dem eine stärkere Einbindung digitaler Prozesse zur Schulverwaltung und die Kompetenzvermittlung mit den Schülerinnen und Schülern in digitalen Selbsterlernereinheiten ohne Lehrkräftepräsenz im Unterricht erprobt werden sollen.

50 Jahre vlbs-Mitglied – dass ist schon eine Hausnummer



Der OV-Vorsitzende, Andreas Hoffmann, (links) überreicht Hans-Jürgen Herrmann (rechts) ein Präsent.

(Andreas Hoffmann) Hans-Jürgen Herrmann kann auf über 50 Jahre Mitgliedschaft im vlbs blicken. Grund genug, sich ihn einmal näher anzuschauen.

Er ist 1967 als vlbs-Mitglied in den Ortsverband Koblenz eingetreten, nachdem er ein Jahr zuvor an der heutigen Julius-Wegeler-Schule Koblenz sein Referendariat begonnen hatte.

„Damals wurde uns Referendaren von den älteren Kollegen erklärt, welche Vorteile die Vertretung durch den vlbs hat. „Lest euch das mal durch, das ist die richtige Sache für euch.““ Das der vlbs auch nach 50 Jahren noch „die richtige Sache“ ist, davon ist Hans-Jürgen Herrmann überzeugt.

Dies beweist er auch heute noch aktiv durch sein Engagement für die Pensionäre des OV Koblenz und sein

Organisationstalent im Vorfeld der Landesvorstandssitzungen.

Ab 1987 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1998 hat er als Abteilungsleiter den Bereich Nahrungsgewerbe und Gastronomie an der damaligen BBS GHS in Koblenz geleitet.

Ab 1972 bis zu seiner Pensionierung war er Landeskassenwart des vlbs und hat direkt zu Beginn seiner Amtszeit die Erhebung der Verbandsbeiträge per Einzugsermächtigung eingeführt. Seit seiner Pensionierung führt er die Mitgliederkartei aller Ortsverbände des vlbs Rheinland-Pfalz und übernimmt die Organisation der Tagungsorte für die Landesvorstandssitzungen, wenn sie mit Übernachtungen verbunden sind.

Warum engagierst du dich seit 50 Jahren im vlbs?

Nachdem ich meine sportliche Karriere als Turner aufgrund einer schweren Verletzung aufgeben musste und im Anschluss mein Lehramtsstudium in München absolviert hatte, bin ich über Umwege an die Berufsbildende Schule GHS nach Koblenz gekommen. Noch heute bin ich dafür dankbar, dass mir zu Beginn meiner beruflichen Laufbahn Kolleginnen und Kollegen, die zudem noch im vlbs engagiert waren, mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben. Ich habe positive Verbandsarbeit am eigenen Leib erlebt.

Warum sollten junge Kolleginnen und Kollegen Mitglied in unserem Verband werden?

Zunächst sind da die rein sachlichen Gründe zu nennen, wie die Schlüssel-

versicherung, die ich damals für die vlbs-Mitglieder eingeführt habe, und die Rechtsberatung durch die Anwälte des Deutschen Beamtenbundes (dbb) im Fall eines schulischen Problems.

Darüber hinaus – und das ist wesentlich bedeutsamer – gehören sie einem

Verband an, der für die Interessen seiner Mitglieder in ständigem Dialog mit ADD und Ministerium steht. Damit dieser wertvolle Aspekt der Verbandszugehörigkeit aber in den Köpfen präsent ist, muss immer wieder Aufklärungsarbeit vor Ort geleistet werden.

Auf der Jahresabschlussitzung des vlbs-Landesvorstandes Ende November hatte ich die Gelegenheit, mit Hans-Jürgen Herrmann über seinen Werdegang und die wesentlichen Stationen seiner 50-jährigen vlbs-Mitgliedschaft zu sprechen. Für das überaus interessante Gespräch bedanke ich mich.

Hauswirtschaft und Kunst – Ein Praxisworkshop zum Filzen

Auftaktveranstaltung der neuen Fachausschussvorsitzenden Sabine Hohmann



Teilnehmerinnen des Kurses bei der Arbeit

(Sabine Hohmann) Am 20.11.2017 fand im Atelier der internationalen Filzkünstlerin Andrea Noeske-Porada ein Filz-Workshop als Auftaktveranstaltung des vlbs-Fachausschusses Hauswirtschaft unter der neuen Vorsitzenden Sabine Hohmann statt.

Teilnehmerinnen dieses Kurses waren Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen aus dem Bereich Hauswirtschaft. Zu Beginn der Veranstaltung herrschte in dem Künstleratelier der Filzkünstlerin Andrea Noeske-Porada erwartungsvolle Stille. Diese wich jedoch sehr schnell am runden Tisch, nachdem sie

die farbenfrohen grafischen Würfel-Beispiele für Tischsets und die vielfältigen Anregungen aus Büchern vorstellte.

Die verschiedenen Wollsorten, Wollkarden und Erläuterungen zu den unterschiedlichen Verfilzungsvorgängen weckte das Interesse und die Neugier der Teilnehmerinnen. In der Tat ein textiles Material mit Aufforderungscharakter!

Die Erklärungen von Frau Noeske-Porada zu Johannes Ittens Farbenlehre und Farbkontrasten gaben Hilfestellung für die Farbentscheidung und die Gestaltung des eigenen Tischsets für jede Teilnehmerin.

Dann ging es zur Sache und jeder musste für sich Entscheidungen treffen. Wähle ich ein einseitiges oder ein zweiseitiges Tischset? Welche Farbkombination verwende ich für das Tischset und welches Motiv möchte ich verwenden? Wähle ich eine geometrische Form oder ein gegenständliches Motiv und entwerfe ich ein eigenes Motiv? Welche Größe soll das Motiv haben und wo auf dem Tischset soll das Motiv angeordnet werden?

Frau Noeske-Porada zeigte anhand eines Beispiels, wie wir mit einem Schneidroller unsere Motive auszuschnneiden hatten und wie ein Farbspiel der Formen entsteht.

Jede Teilnehmerin fand einen vorbereiteten Arbeitsplatz vor und nun begann man unter Verwendung von warmem Wasser und Seife mit dem aufwändigen Verfilzungsvorgang, bei dem ca. 1.000 Mal die Wolle mit der Rolle bearbeitet werden musste.

Ausdauer und Geduld waren gefragt, damit das Wollmaterial von groß zu klein schrumpfte. Die entstandenen Tischsets mit Sternmotiven, Eiskristallen, Elchen und Rauten begeisterten alle Teilnehmerinnen.

Die Teilnehmerinnen zogen als Fazit des Workshops, dass es für sie hochinteressant war, die Technik selbst auszuprobieren und dass sie sehr gute Anregungen für die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern mitnehmen.

Informationsveranstaltung des BV Trier zum Umgang mit sozialen Netzwerken

(Andrea Wagner) Der Bezirksverband Trier lädt zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Umgang mit sozialen Netzwerken“ ein.

Soziale Netzwerke, wie WhatsApp, Facebook, Twitter, Instagram etc., erfreuen sich großer Beliebtheit, doch häufig stehen Lehrkräfte vor der Frage, was im Bereich der neuen Medienwelt erlaubt ist. In Rheinland-Pfalz ist die unterrichtliche Nutzung sozialer Netzwerke nicht zulässig, von Lehrer-Schüler-Facebook-Freundschaften ist abzusehen.

Frau Antonia Dufeu, Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Medienrecht, wird Beispiele aus dem Schulalltag aufgreifen, Chancen und Risiken erläutern sowie rechtssichere Auskunft geben. Interessant ist die Thematik sicherlich nicht nur für junge Kolleginnen und Kollegen!

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem **22. Februar 2018, um 16.15 Uhr** in den Gebäuden der Berufsbildenden Schule Trier Gewerbe und Technik statt. Bitte melden Sie sich über Ihre OV-Vorsitzenden bzw. Schulvertrauensleute an!

vlbs-aktuell

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705. Webseite: www.vlbs.org

Vorsitzender: Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunschel@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout: Markus Penner, Römerstraße 10, 55411 Bingen, Telefon 06721-400834, Markus.Penner@vlbs.org.

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. – Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Druck: johnen-druck, In der Bornwiese, 54470 Bernkastel-Kues.

vlbs-aktuell erscheint einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.